



Spitzenverband

**Katalog von Einnahmen und  
deren beitragsrechtliche Bewertung  
nach § 240 SGB V  
vom 20. März 2020**

**GKV-Spitzenverband**

Reinhardtstraße 28, 10117 Berlin

Telefon 030 206288-0

Fax 030 206288-88

[www.gkv-spitzenverband.de](http://www.gkv-spitzenverband.de)



## **Vorwort**

Der vorliegende Katalog stellt eine alphabetische Auflistung von in der Praxis häufig vorkommenden Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung im Hinblick auf den Einkommensbegriff des § 240 Abs. 1 SGB V in Verbindung mit den einheitlichen Grundsätzen des GKV-Spitzenverbandes dar, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Er dient für die Zeit ab dem 1. Januar 2009 der einheitlichen Beitragsbemessung bei freiwilligen Mitgliedern und anderen, deren Beitragsbemessung sich ebenfalls nach § 240 SGB V richtet.

Der Katalog befasst sich ausschließlich mit dem Begriff der Einnahmen, welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Mitglieds im Sinne des § 240 Abs. 1 Satz 2 SGB V bzw. § 57 Abs. 4 Satz 1 SGB XI bestimmen. Andere Einkommensbegriffe in der Kranken- und Pflegeversicherung (z. B. Einnahmen zum Lebensunterhalt im Sinne des §§ 55 Abs. 2 und 3, 62 SGB V sowie § 40 Abs. 3 Satz 5 SGB XI) werden von diesem Katalog nicht erfasst.

## **Allgemeines**

Für die Beitragsbemessung der freiwilligen Mitglieder ist nach § 240 Abs. 1 Satz 2 SGB V bzw. § 57 Abs. 4 Satz 1 SGB XI die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des freiwilligen Mitglieds zu berücksichtigen.

Mit der Berücksichtigung der gesamten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist die grundsätzliche Ausrichtung der Beitragsbelastung an der Gesamtheit der Einnahmen gemeint. Welche Einnahmen im Einzelnen hierunter fallen, ist im Gesetz nicht festgelegt. Aus den Gesetzesmaterialien, dem Wortlaut der Vorschrift, ihrer Zweckbestimmung und dem gesetzlichen Zusammenhang kann allerdings entnommen werden, dass der Beitragsbemessung alle Einnahmen und Geldmittel, die das Mitglied zum Lebensunterhalt verbraucht oder verbrauchen könnte, ohne Rücksicht auf die steuerliche Behandlung zugrunde zu legen sind.

Zu den beitragspflichtigen Einnahmen freiwilliger Mitglieder gehören zwingend das Arbeitsentgelt, das Arbeitseinkommen, die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und Versorgungsbezüge. Diese Bezüge sind bei versicherungspflichtig Beschäftigten der Beitragsbemessung zugrunde zu legen und deshalb nach § 240 Abs. 2 Satz 1 SGB V auch in der freiwilligen Krankenversicherung in Ansatz zu bringen. Den beitragspflichtigen Einnahmen grundsätzlich zuzurech-

nen sind ferner alle wiederkehrenden Bezüge, geldwerten Zuwendungen und sonstigen Einnahmen.

Da wegen der Vielzahl unterschiedlicher Einnahmearten eine abschließende konkrete Aufzählung aller beitragspflichtigen Einnahmen nicht möglich ist, benennen die vom GKV-Spitzenverband beschlossenen „Einheitliche Grundsätze zur Beitragsbemessung freiwilliger Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung und weiterer Mitgliedergruppen sowie zur Zahlung und Fälligkeit der von Mitgliedern selbst zu entrichtenden Beiträge (Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler)“ die einzelnen beitragspflichtigen Einnahmen nicht abschließend, sondern enthalten eine allgemeine, generalklauselartige Regelung, um sämtliche Einnahmen im vorstehenden Sinne beitragsrechtlich zu erfassen. Diese abstrakte Regelung erhält durch den vorliegenden Einnahmenkatalog eine konkrete Ausprägung.

Von dem Grundsatz, dass alle wiederkehrenden Bezüge, geldwerten Zuwendungen und sonstigen Einnahmen zu den beitragspflichtigen Einnahmen freiwilliger Mitglieder zählen, gelten folgende Ausnahmen:

- Die Einnahme unterliegt aufgrund einer gesetzlichen Regelung nicht der Beitragspflicht.
- Die Einnahme unterliegt aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung nicht der Beitragspflicht.
- Die Einnahme unterliegt aufgrund einer konkretisierenden Regelung in den Beitragsverfahrensgrundsätzen Selbstzahler nicht der Beitragspflicht.
- Eine Einnahme, deren Bewertung auf erhebliche Schwierigkeiten stößt oder der sich im Gesetz keine eindeutigen Bewertungsmaßstäbe entnehmen lassen, unterliegt aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung nur dann der Beitragspflicht, wenn die Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler eine entsprechende konkretisierende Regelung enthalten.
- Die Einnahme stellt lediglich einen Ersatz für entstandene Aufwendungen dar und besitzt daher keinen Einnahmencharakter mit der Konsequenz, dass sie nicht der Beitragspflicht unterliegt.
- Die Einnahme stellt lediglich eine steuerliche Vergünstigung dar und besitzt daher keinen Einnahmencharakter mit der Konsequenz, dass sie nicht der Beitragspflicht unterliegt.

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 4 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
<b>A</b>			
Abfindung bzw. Entlassungsentschädigung bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses  - monatlich gezahlt - nicht monatlich gezahlt		ja (BSG-Urteil vom 15.10.2014, – B 12 KR 10/12 R –, USK 2014-114)	§ 4 Nr. 1  § 5 Abs. 2 Satz 1 § 5 Abs. 5
(Kapital-)Abfindung von BVG-Renten an Beschädigte	§§ 72 – 78 BVG	nein (BSG-Urteil vom 24.01.2007 – B 12 KR 28/05 R –, USK 2007-1)	
Abfindung von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung bei Wiederheirat	§ 107 SGB VI	ja	§§ 4 Nr. 2, 5 Abs. 3 Satz 3
Abfindung von Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung	§§ 75 – 79 SGB VII	ja	§§ 4 Nr. 2, 5 Abs. 3 Satz 3
Abfindung von Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung bei Wiederheirat	§ 80 SGB VII	ja	§§ 4 Nr. 2, 5 Abs. 3 Satz 3
Abfindung von Unterhaltsleistungen, die geschiedene Ehegatten oder Lebenspartner nach gerichtlich aufgehobener Lebenspartnerschaft erhalten	§ 1585 Abs. 2 BGB, § 16 LPartG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 3 Satz 3
Abfindung von Versorgungsleistungen für Ruhestandsbeamte bei Wiederheirat (Witwenabfindung)	§ 21 BeamtVG	ja	§§ 4 Nr. 2, 5 Abs. 3 Satz 3
Anpassungsgeld im Bergbau	APG-Richtlinien	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Arbeitseinkommen	§ 15 SGB IV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
Arbeitsentgelt	§ 14 SGB IV i.V.m. SvEV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 5 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
<p>Arbeitsentgelt aus geringfügiger Beschäftigung (Minijob) – geringfügig entlohnte Beschäftigung</p> <p>– kurzfristige Beschäftigung</p>	<p>§ 14 SGB IV</p>	<p>zur Krankenversicherung: nein (BSG-Urteile vom 16.12.2003 – B 12 KR 20/01 R – und – B 12 KR 25/03 R –, USK 2003–28)</p> <p>zur Pflegeversicherung: ja (BSG-Urteil vom 29.11.2006 – B 12 P 2/06 R – USK 2006–62)</p> <p>zur Kranken- und Pflegeversicherung: ja</p>	<p>§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3</p> <p>§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1</p>
<p>Arbeitsentgelt aus nebenberuflicher Tätigkeit (z. B. Ausbilder, Betreuer, Erzieher, Übungsleiter oder vergleichbare Tätigkeiten)</p>	<p>§ 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 16 SvEV i.V.m. § 3 Nr. 26, 26a EStG</p>	<p>ja (als Einnahme, die für den Lebensunterhalt verbraucht werden kann, ungeachtet der steuerlichen Behandlung)</p>	<p>§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3</p>
<p>Aufstockungsbeträge bei Altersteilzeit</p>	<p>§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a AltTZG</p>	<p>ja</p>	<p>§§ 4 Nr. 3, 5 Abs. 2 Satz 1</p>
<p>Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit</p>	<p>§ 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 16 SvEV i.V.m. § 3 Nr. 12 EStG</p>	<p>nein, soweit steuerfrei</p>	

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 6 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Aufwendungsersatz für Betreuer	§§ 1835, 1835a BGB i.V.m. § 3 Nr. 26b und § 22 Nr. 3 Satz 2 EStG	nein, soweit steuerfrei	
Ausbildungsbeihilfe während der lotsenspezifischen Grundausbildung	§ 9 Abs. 3 SeeLG i.V.m. den Satzungen der Lotsenbrüder- schaften	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Ausgleich bei (besonderen) Altersgrenzen	§ 48 BeamtVG § 38 SVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2
Ausgleichsgeld	§§ 9, 10 FELEG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Ausgleichsleistungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet	§ 8 BerRehaG	nein (§ 9 Abs. 1 BerRehaG)	§ 3 Abs. 1 Satz 3
Ausgleichsrente an Beschädigte	§ 32 BVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Ausgleichsrente an Hinterbliebene	§§ 41, 43, 47 BVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
<b>B</b>			
BAföG (Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz) einschließlich des Kranken- und Pflegeversicherungszuschlages nach § 13a BaföG	§§ 11 ff. BaföG	ja, soweit nicht darlehensweise gewährt	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Bayerisches Familiengeld	BayFamGG	nein (analog § 224 Abs. 1 SGB V, § 56 Abs. 3 SGB XI)	
Bayerisches Landespflegegeld	BayLPFIGG	nein (Art. 1 Satz 3 BayLPFIGG)	§ 3 Abs. 1 Satz 3
Beihilfe zum Versorgungskrankengeld	§ 17 BVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Beihilfe in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen	BhV des Bundes und der Länder	nein	

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 7 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Beiträge für die Vorsorge	§ 33 SGB XII	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1, 7 Abs. 6
Beitragsübernahme des Sozialhilfeträgers bzw. des Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende	§ 32 SGB XII § 26 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011-170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Beitragszuschuss der landwirtschaftlichen Alterskasse für freiwillig versicherte Rentenbezieher zur Krankenversicherung	§ 35a ALG	nein	
Beitragszuschuss der Rentenversicherung für freiwillig versicherte Rentenbezieher zur Krankenversicherung	§ 106 SGB VI	nein	
Beitragszuschuss eines Arbeitgebers zur freiwilligen Krankenversicherung und sozialen Pflegeversicherung an beschäftigte ehemalige Soldaten auf Zeit	§ 257 Abs. 1 Satz 2 SGB V § 61 Abs. 1 SGB XI	nein, soweit nach § 3 Nr. 62 Satz 1 EStG steuerfrei	
Beitragszuschuss eines kirchlichen Arbeitgebers zur freiwilligen Krankenversicherung	landesrechtliche Vorschriften	nein, soweit nach § 3 Nr. 11 Satz 4 EStG steuerfrei	
Beitragszuschuss zu den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen an aktive bzw. ehemalige Abgeordnete (und deren Hinterbliebene) des Deutschen Bundestages bzw. der Landesparlamente	§ 27 AbgG landesrechtliche Vorschriften	nein, soweit nach § 22 Nr. 4 Buchst. a i.V.m. § 3 Nr. 62 Satz 1 EStG steuerfrei	
Beitragszuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung bei Bezug von Übergangsgebührrnissen (bzw. Versorgungskrankengeld) nach SVG	§ 11b SVG	nein, soweit nach § 3 Nr. 62 Satz 1 EStG steuerfrei	
Beitragszuschuss zum Beitrag zur Alterssicherung der Landwirte	§ 32 ALG	nein	
Bekleidungs-geld	§ 15 BVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 8 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Berufsausbildungsbeihilfen	§§ 56, 70 SGB III oder landesrechtliche Vorschriften	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Berufsausbildungsbeihilfen für Behinderte	§ 115 Nr. 2 SGB III	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Berufsschadensausgleich	§ 30 Abs. 3 BVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Betriebsrente	§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4
Blindengeld (bzw. vergleichbare Sozialleistung für blinde Menschen)	landesrechtliche Vorschriften	nein (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011-170) <sup>1</sup>	
<b>C</b>			
Conterganrente	§ 13 des Conterganstiftungsgesetzes (ContStifG)	nein (§ 18 Abs. 1 ContStifG)	
<b>D</b>			
Diäten	Abgeordnetengesetz des Bundes oder landesrechtliche Vorschriften	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Dienstbeschädigungsausgleich	DbAG	nein (§ 2 Abs. 3 DbAG)	§ 3 Abs. 1 Satz 3
Dienstbezüge für Beamte/Beamtenanwärter	BBesG	ja	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2
Dienstzulage für Beamte/Beamtenanwärter	BBesG	ja	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2

<sup>1</sup> Ab dem 1. Januar 2018



Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 9 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Direktversicherung - Rentenleistung aus Direktversicherung - Kapitalleistung aus Direktversicherung	§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 und Satz 3 SGB V	ja ja	§§ 3 Abs.1, 5 Abs. 2 Satz 1 §§ 3 Abs.1, 5 Abs. 4
Dividenden	§ 174 Abs. 2 Nr. 2 AktG bzw. § 20 EStG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 4
<b>E</b>			
Ehegattenzuschlag	§ 33a BVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Ehrensold für ehemalige Wahlbeamte	landesrechtliche Vorschriften	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Ehrensold für Künstler sowie Zuwendungen aus Mitteln der Deutschen Künstlerhilfe, wenn es sich um Bezüge aus öffentlichen Mitteln handelt, die wegen der Bedürftigkeit des Künstlers gezahlt werden		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung	§§ 102 ff. SGB IX	nein (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011-170)	
Einmalige Bedarfe, Leistungen für - Erstausstattungen für die Wohnung - Erstausstattungen für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt - Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen und dgl.	§ 31 SGB XII § 24 Abs. 3 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011-170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 3 Satz 3; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Einnahmen aus Tätigkeiten als Notarzt im Rettungsdienst		nein, unter den Voraussetzungen des § 23c Abs. 2 SGB IV	

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 10 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Einstiegsgeld	16b SGB II	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Elterngeld	§ 1 ff. BEEG	nein (§ 224 Abs. 1 SGB V, § 56 Abs. 3 SGB XI)	
Elternrente	§ 49 BVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Emeritenbezüge (Dienstbezüge, die Professoren nach der Entpflichtung erhalten) - bei Personen i.S. des § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB V		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 §§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2
Entlassungsgeld für Soldaten	§ 9 WSG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 3 Satz 3
Entschädigungen als Ersatz für entgangene oder entgehende Einnahmen mit Ausnahme der Abfindungen bzw. Entlassungsentschädigungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses	§ 24 Nr. 1 Buchst. a EStG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 3 Satz 3
Entschädigungen für die Aufgabe oder Nichtausübung einer Tätigkeit mit Ausnahme der Abfindungen bzw. Entlassungsentschädigungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses	§ 24 Nr. 1 Buchst. b EStG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 3 Satz 3
Entschädigungsrente für Opfer des Nationalsozialismus	Art. 1 §§ 2, 3 EntschRG	nein (Art. 1 § 4 EntschRG)	§ 3 Abs. 1 Satz 3
Erbschaften		nein	
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	§ 27a BVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Erziehungsbeihilfe	§ 27 BVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
<b>F</b>			
Familienzuschlag - kindbezogener Teil	§ 40 BBesG	ja ja (BSG-Urteil vom 04.06.1991 - 12 RK 43/90 -, USK 9166)	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 11 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
<b>G</b>			
Gewerbebetrieb, Einkünfte aus –	§ 15 Abs. 1 SGB IV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
Graduierten-Förderungsgesetz, Zuwendung nach –	Landesrecht	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Gründungszuschuss – Anteil zur sozialen Absicherung (300,00 Euro mtl.)	§§ 93, 94 SGB III, § 49 Abs. 3 Nr. 6 SGB IX	ja  nein (§ 240 Abs. 2 Satz 3 SGB V)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Grundrente für Beschädigte	§ 31 BVG	nein (BSG-Urteil vom 24.01.2007 – B 12 KR 28/05 R –, USK 2007-1)	
Grundrente für Hinterbliebene	§§ 40, 43, 46 BVG	ja (BSG-Urteile vom 21.10.1980 – 3 RK 21/80 –, USK 80198 und 09.12.1981 – 12 RK 29/79 –, USK 81300)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Grundsicherungsleistung im Alter und bei Erwerbsminderung	§ 42 Nr. 1, 2, 4 SGB XII	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011-170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1, 7 Abs. 6
<b>H</b>			
Haushaltshilfe – Verdienstausfall bei unbezahltem Urlaub	verschiedene Leistungsgesetze	nein  ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 12 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Heizung einschl. zentraler Warmwasserversorgung, Leistungen für –	§ 35 Abs. 4 und 5 SGB XII § 22 SGB II	ja, anteilig durch die Zahl der im Haushalt des Mitgliedes lebenden hilfebedürftigen Angehörigen (BSG-Urteile vom 19.12.2000 – B 12 KR 1/00 –, USK 2000-36 und – B 12 KR 36/00 –, USK 2000-; BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011-170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Heuer der Seeleute	§ 14 SGB IV i.V.m. SvEV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3
Hilfe in anderen Lebenslagen	§§ 70 – 73 SGB XII	nein (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011-170)	
Hilfen zur Gesundheit	§§ 47 – 52 SGB XII	nein (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011-170)	
Hilfe zur Pflege	§ 61 SGB XII; § 44 SGB VII	nein (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011-170)	
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	§§ 67 – 69 SGB XII	nein (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011-170)	
I			
Insolvenzgeld	§ 165 SGB III	ja	§§ 3 Abs. 1, § 5 Abs. 2 Satz 1

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 13 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
<b>K</b>			
Kapitalabfindungen bzw. Kapitalleistungen von Versorgungsbezügen  z.B. Kapitalabfindung von Versorgungsbezügen für Soldaten	§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 5 i.V.m. Satz 3 SGB V §§ 28 – 35 SVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 4
Kapitalleistung aus einer befreienden Kapitallebensversicherung		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 4
Kapitalleistung aus einer gemischt finanzierten Direktversicherung oder Versicherung bei einer Pensionskasse i.S. des BVerfG-Beschlusses vom 28.09.2010 – 1 BvR 1660/08 –, USK 2010–112, bzw. vom 27. Juni 2018 – 1 BvR 100/15 und 1 BvR 249/15 –, USK 2018–27 - Versorgungsbezugsanteil  - Leistungen einer privaten Altersvorsorge	§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 i.V.m. Satz 3 SGB V	ja  ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 4  §§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 4
Kapitalleistung aus einer privaten Kapitallebensversicherung (ohne befreiende Kapitallebensversicherung), sofern keine Zuordnung zur betrieblichen Altersversorgung vorliegt - im Erlebensfall - im Todesfall		ja, in Höhe des Kapitalertrags nein (Vermögensverschiebung)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 3 Satz 3

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 14 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Kapitaleistung aus einer privaten Rentenversicherung (sofern keine Zuordnung zur betrieblichen Altersversorgung vorliegt), darunter insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> <li>- aufgeschobene private Rentenversicherung</li> <li>- Rentenversicherung mit Kapitalwahlrecht</li> <li>- Riester-Rentenversicherung</li> <li>- Rürup-Rentenversicherung</li> </ul>		ja (BSG-Urteil vom 27.01.2010 – B 12 RK 28/08 –, USK 2010-15)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 4
Kapitaleistung aus einer privaten Risikoversicherung, darunter insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Berufsunfähigkeitsversicherung</li> <li>- Erwerbsunfähigkeitsversicherung</li> <li>- Risikolebensversicherung</li> <li>- Unfallversicherung ohne garantierte Beitragsrückzahlung</li> </ul>		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 4
Kapitalvermögen, Einkünfte aus –		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 4
Kaufkraftausgleich	§ 55 BBesG	ja	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2
Kindererziehungsleistung (für Frauen, die vor 1921 bzw. 1927 geboren sind)	§§ 294, 294a SGB VI	nein (§ 299 SGB VI)	§ 3 Abs. 1 Satz 3
Kindererziehungszeitenbetrag	§ 56 SGB VI	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Kindergeld	§§ 1 ff. BKGG	nein (BSG-Urteil vom 25.11.1981 – 5a/5 RKn 18/79 –, USK 81243)	

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 15 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Kindertagespflege, Aufwendungen von privater Seite oder aus öffentlichen Kassen für – (Kosten für den Sachaufwand, Abgeltung der Erziehungsleistung und Erstattung bestimmter Vorsorgeaufwendungen)	§ 23 Abs. 2 SGB VIII	ja, soweit Arbeitseinkommen (§ 15 SGB IV)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
Kindervollzeitpflege, Leistungen zum Unterhalt des Kindes und des Jugendlichen  - pauschale Leistungen für den Unterhalt des Kindes (sog. Pflegegelder) - Beträge zur Anerkennung bzw. Abgeltung der Erziehungskosten der Pflegeperson - Erstattung von Vorsorgeaufwendungen	§ 39 SGB VIII, Vollzeitpflege unter Maßgabe von § 27 i.V.m. § 33 SGB VIII	nein  ja  ja (BSG-Urteil vom 19.12.2000 – B 12 KR 36/00 R –, USK 2000–39)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1  §§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Kinderzuschlag	§ 33b BVG, § 6a BKGG	nein	
Kinderzuschuss der Rentenversicherung	§ 270 SGB VI	nein	
Kost und Wohnung	§§ 2 und 3 SvEV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Krankengeld	§§ 44 – 45 SGB V	zur Krankenversicherung: nein (§ 224 Abs. 1 SGB V)  zur Pflegeversicherung: grds. ja (§ 57 Abs. 2 SGB XI), aber Beitragseinbehalt bereits bei Auszahlung des Krankengeldes	

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 16 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Krankengeld aus einem Wahltarif	§ 53 Abs. 6 SGB V	zur Krankenversicherung: ja, wenn die Voraussetzungen nach § 8 Abs. 3 der Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler nicht erfüllt sind  zur Pflegeversicherung: ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Krankentagegeld aus privater Krankenversicherung		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Kriegsschadenrente	§ 261 ff. LAG	ja, s. aber unter Pflegezulage	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
<b>L</b>			
Land- und Forstwirtschaft, Einkünfte aus -	§ 15 SGB IV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
Landeserziehungsgeld	landesrechtliche Vorschriften	nein (analog § 224 Abs. 1 SGB V i. d. Fassung bis zum 31.07.2013) )	
Leistungen an Infizierte nach dem Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-D-Hilfegesetz - AntiDHG)	§ 3 Abs. 2 AntiDHG	ja, zur Hälfte (§ 6 Abs. 1 AntiDHG)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
Leistungen nach dem HIV-Hilfegesetz (HIVHG)	§ 16 HIVHG	nein (§ 17 HIVHG)	§ 3 Abs. 1 Satz 3
Leistungen zur Förderung der Existenzgründung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds	ESF-Richtlinien	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Lotsgeld der See- und Hafenslotsen	§ 15 Abs. 1 SGB IV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
<b>M</b>			
Mehrbedarf für Alleinerziehende	§ 30 Abs. 3 SGB XII § 21 Abs. 3 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 - B 12 KR 22/09 R -, USK 2011-170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6



Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 17 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Mehrbedarf für Menschen mit Behinderung	§ 30 Abs. 4 i.V.m. § 42b Abs. 3 SGB XII § 21 Abs. 4 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011– 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Mehrbedarf für dezentrale Warmwasserversorgung	§ 30 Abs. 7 SGB XII § 21 Abs. 7 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011– 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Mehrbedarf für Gehbehinderte	§ 30 Abs. 1 SGB XII	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011– 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1, 7 Abs. 6
Mehrbedarf für kostenaufwendige Ernährung	§ 30 Abs. 5 SGB XII § 21 Abs. 5 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011– 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Mehrbedarf für werdende Mütter	§ 30 Abs. 2 SGB XII § 21 Abs. 2 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011– 170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Mehrbedarfsrente (von Haftpflichtversicherungen)	§ 843 BGB	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Mehrleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung	§ 94 SGB VII	nein (§ 94 Abs. 3 SGB VII)	§ 3 Abs. 1 Satz 3
Meister-BAföG, Leistungen zur Deckung des Unterhaltsbedarfs	§ 10 Abs. 2 AFBG	ja, soweit nicht darlehensweise gewährt	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Mutterschaftsgeld	§ 24i SGB V, § 14 KVLG 1989, § 19 MuSchG	nein (§ 224 Abs. 1 SGB V, § 56 Abs. 3 SGB XI)	
<b>N</b>			
Nutzungsvergütung	§ 24 Nr. 3 EStG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 18 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
<b>P</b>			
Pauschale Beihilfe an Beamte und Versorgungsempfänger der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Thüringen	§ 76 Abs. 5 LBG (Berlin), § 62 Abs. 6 LBG (Brandenburg), § 80 Abs. 4 des Bremischen Beamtengesetzes, § 80 Abs. 11 HmbBG, § 72 Abs. 6 des Thüringer Beamtengesetzes	nein, soweit nach § 3 Nr. 62 Satz 1 EStG steuerfrei	
Pflegegeld an Pflegebedürftigen	§ 37 SGB XI, § 44 SGB VII, § 26c BVG, § 64a SGB XII bzw. landesrechtliche Vorschriften	nein	
Pflegegeld, das an eine Pflegeperson weitergeleitet wird	§ 13 Abs. 6 SGB XI i.V.m. § 37 XI, § 44 SGB VII, § 26c BVG, § 34 BeamtVG, § 64a SGB XII bzw. landesrechtliche Vorschriften, § 192 VVG	nein bis zur Höhe des Pflegegeldes nach § 37 Abs. 1 SGB XI (§ 240 Abs. 2 Satz 4 SGB V)	
Pflegezulage	§ 35 BVG, § 269 Abs. 2 i.V.m. § 267 Abs. 1 S. 3-6 LAG	nein	

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 19 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Privatentnahme aus dem Betriebsvermögen		nein	
Produktionsaufgaberente	§§ 5, 6 FELEG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
<b>R</b>			
Regelbedarf (Regelsatz) bzw. individueller Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts	§ 27a Abs. 2 bis 5 SGB XII § 20 SGB II	ja (BSG-Urteil vom 21.12.2011 – B 12 KR 22/09 R –, USK 2011-170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung	SGB VI, Art. 2 RÜG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung	SGB VII	ja (BSG-Urteil vom 06.09.2001 – B 12 KR 14/00 R –, USK 2001-35)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten aus einer befreienden Kapitallebensversicherung		ja (analog zu BSG-Urteile vom 06.09.2001 – B 12 KR 40/00 R – und – B 12 KR 5/01 R –, USK 2001-31)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten aus einer gemischt finanzierten Direktversicherung oder Versicherung bei einer Pensionskasse i.S. des BVerfG-Beschlusses vom 28.09.2010 – 1 BvR 1660/08 –, USK 2010-112, bzw. vom 27. Juni 2018 – 1 BvR 100/15 und 1 BvR 249/15 –, USK 2018-27 <ul style="list-style-type: none"> <li>- Versorgungsbezugsanteil</li> <li>- Leistungen einer privaten Altersvorsorge</li> </ul>	§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V	ja  ja (analog zu BSG-Urteile vom 06.09.2001 – B 12 KR 40/00 R – und – B 12 KR 5/01 R –, USK 2001-31)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1  §§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 20 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Renten aus einer Höherversicherung	§ 280 SGB VI	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten aus einer privaten Kapitallebensversicherung (ohne befreiende Kapitallebensversicherung), sofern keine Zuordnung zur betrieblichen Altersversorgung vorliegt		ja (analog zu BSG-Urteile vom 06.09.2001 – B 12 KR 40/00 R – und – B 12 KR 5/01 R –, USK 2001–31)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
(Leib- und Zeit-) Renten aus einer privaten Rentenversicherung (sofern keine Zuordnung zur betrieblichen Altersversorgung vorliegt), darunter insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> <li>- aufgeschobene private Rentenversicherung</li> <li>- Rentenversicherung mit Kapitalwahlrecht</li> <li>- Riester-Rentenversicherung</li> <li>- Rürup-Rentenversicherung</li> <li>- Sofortrente</li> </ul>		ja (BSG-Urteil vom 10.10.2017 – B 12 KR 16/16 R–, USK 2017–84))  Als Sonderfall s. unter Sofortrente, finanziert aus einer mit ein Hundertzwanzigstel verbeitragten Kapitaleistung	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten aus einer privaten Risikoversicherung, darunter insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Berufsunfähigkeitsversicherung</li> <li>- Erwerbsunfähigkeitsversicherung</li> <li>- Risikolebensversicherung</li> <li>- Unfallversicherung ohne garantierte Beitragsrückzahlung</li> </ul>		ja (BSG-Urteil vom 06.09.2001 – B 12 KR 14/00 R –, USK 2001–35)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten aus Versorgungs- und Zusatzversorgungskassen		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten der Alterssicherung der Landwirte	ALG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 21 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Renten nach sozialem Entschädigungsrecht sowie BEG-Renten an Beschädigte	§§ 31–35 BEG, § 4 HHG, § 60 Abs. 1 bis 3 IfSG, § 1 Abs. 1 OEG, § 21 StrRehaG, § 80 SVG, § 3 VwRehaG, § 47 Abs. 1 Satz 1 ZDG	ja, soweit sie den Grundrentenbetrag nach § 31 Abs. 1 BVG übersteigen (BSG-Urteil vom 24.01.2007 – B 12 KR 28/05 R –, USK 2007-1)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Renten nach sozialem Entschädigungsrecht sowie BEG-Renten an Hinterbliebene	§§ 17 –21, 41 BEG, § 5 HHG, § 60 Abs. 4 IfSG, § 1 Abs. 8 OEG, § 22 StrRehaG, § 80 SVG, § 4 VwRehaG, § 47 Abs. 1 Satz 2 ZDG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Rentennachzahlung	§ 228 Abs. 2 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 6
Renten von ausländischen Rentenversicherungsträgern	§ 228 Abs. 1 Satz 2 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3
Ruhegehalt	BeamtVG, SVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2
<b>S</b>			
Sachbezüge	SvEV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Sanierungsgewinne	§ 15 SGB IV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
Schadenersatzrente	§ 843 BGB	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Schadensausgleich	§ 40a BVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Schmerzensgeld	§ 253 Abs. 2 BGB	nein	

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 22 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Schwerstbeschädigtenzulage	§ 31 Abs. 4 BVG	nein (BSG-Urteil vom 24.01.2007 – B 12 KR 28/05 R – USK 2007-1)	
Schwerverletztengulage	§ 57 SGB VII	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Selbständige Arbeit, Einkünfte aus –	§ 15 Abs. 1 SGB IV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
Sofortrente aus einer privaten Rentenversicherung, finanziert aus einer mit ein Hundertzwanzigstel verbeitragten Kapitalleistung		ja, in Höhe des Spitzbetrages = der ein Hundertzwanzigstel der verbeitragten Kapitalleistung übersteigende Teil der Sofortrente (BSG-Urteil vom 10.10.2017 – B 12 KR 1/16 R –, USK 2017-83)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Sozialgeld	§ 19 Abs. 1 Satz 2 SGB II	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
(Promotions-)Stipendien		ja, ungeachtet eventuell gesondert ausgewiesener Bestandteile (BSG-Urteile vom 18.12.2013 – B 12 KR 8/12 R –, USK 2013-170, und vom 07.06.2018 – B 12 KR 1/17 R –, USK 2018-36)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Streikgelder		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Studienbeihilfen		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
<b>U</b>			
Überbrückungsgeld aus der Seemannskasse	Satzung der Seemannskasse	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Übergangsgebühren für Zeitsoldaten	§§ 11, 11a SVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 23 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Übergangsgeld im Zusammenhang mit Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	§ 45 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX	grds. ja (§ 235 Abs. 2 SGB V, § 57 Abs. 4 Satz 4 SGB XI), aber Beitragstragung ausschließlich durch den Rehabilitationsträger	
Übergangsgeld wegen Entlassung aus einem Dienstverhältnis	§ 47 BeamtVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Unfallausgleich	§ 35 BeamtVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Unfallruhegehalt	§§ 36, 37 BeamtVG § 27 SVG	ja, soweit es nach Maßgabe des § 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. c und d SGB V zum Versorgungsbezug gehört	§§ 3 Abs. 1, 7 Abs. 2
Unterhalt, den getrennt lebende oder geschiedene Ehegatten erhalten	§§ 1361 Abs. 4, 1585 Abs. 1 BGB	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Unterhalt, den getrennt lebende Lebenspartner oder Lebenspartner nach gerichtlich aufgehobener Partnerschaft erhalten	§§ 12, 16 LPartG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Unterhaltsbeihilfe und Übergangsgeld während einer Maßnahme zur Teilhabe am Arbeitsleben	§ 26a Abs. 3 BVG § 26a Abs. 1 BVG	grds. ja, aber es wird von der Beitragstragung ausschließlich durch den Rehabilitationsträger ausgegangen	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Unterhaltsbeitrag	BeamtVG, SVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Unterhaltsleistungen, die das Mitglied für ein Kind von einem Dritten (z. B. Sozialhilfeträger, Träger der Jugendhilfe, Elternteil) erhält		nein (BSG-Urteile vom 11.04.1984, – 12 RK 41/82 –, USK 84117 und vom 22.09.1988 – 12 RK 14/86 –, USK 88153)	

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 24 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Unterhaltsbeitrag für Lotsenanwärter	§ 28 Abs. 1 Nr.9 SeeLG i.V.m. den Satzungen der Lot- senbrüderschaften	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Unterhaltssicherung, Leistungen zur –	§§ 5 ff. USG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Unterkunft, Leistungen für –	§ 35 Abs. 1 bis 3 und 5 SGB XII § 22 SGB II	ja, anteilig durch die Zahl der im Haushalt des Mitgliedes lebenden hilfebedürftigen Angehörigen (BSG-Urteile vom 19.12.2000 – B 12 KR 1/00 –, USK 2000–36 und – B 12 KR 36/00 –, USK 2000–39, BSG-Urteil vom 21.12.2011– B 12 KR 22/09 R –, USK 2011–170)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1; bei Leistungen nach dem SGB XII: § 7 Abs. 6
<b>V</b>			
Veräußerungsgewinne aus dem (Teil-)Verkauf eines Betriebes, aus dem Verkauf von Anteilen einer Kapitalgesellschaft oder aus der (Teil-)Veräußerung des Vermögens	§§ 14, 16, 17, 18 Abs. 3 EStG	ja (BSG-Urteil vom 18.01.2018 – B 12 KR 22/16 R –, USK 2018–1)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2
Veräußerungsgewinne aus privaten Veräußerungsgeschäften (z.B. bei Grundstücken, Wertpapieren und Rechten)	§ 22 Nr. 2 i.V.m. § 23 EStG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 3 Satz 3
Veräußerungs- bzw. Kaufpreisleibrente (Leibrente, die auf der Übertragung eines Wirtschaftsgutes beruht) aus privaten Veräußerungsgeschäften		ja (BSG-Urteile vom 06.09.2001 – B 12 KR 40/00 R – und – B 12 KR 5/01 R –, USK 2001–31)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Verdienstausfallentschädigungen	§ 56 IfSG, § 9 Abs. 2 KatSG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1



Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 25 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Verdienstausfallerstattung bei Haushaltshilfe, Mitaufnahme einer Begleitperson in das Krankenhaus, Dialyse oder Organspende		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Verletztengeld	§ 45 Abs. 1 Nr. 2 SGB VII	grds. ja (§ 235 Abs. 2 SGB V, § 57 Abs. 4 Satz 4 SGB XI), aber Beitragstragung ausschließlich durch den Rehabilitationsträger	
Vermietung und Verpachtung, Einkünfte aus -		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 2 und 3
Verschollenheitsrente	§ 52 BVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Versorgungsbezüge	§ 229 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4
Versorgungsbezüge, nachgezahlte -	§ 229 Abs. 2 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 6
Versorgungsbezüge im Sinne des § 229 SGB V nach BeamtVG oder SVG	BeamtVG SVG	ja, nach Abzug für Pflegeleistungen nach § 50f BeamtVG oder § 55f SVG	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Versorgungskrankengeld	§§ 16, 17 BVG	grds. ja (§ 235 Abs. 2 SGB V, § 57 Abs. 4 Satz 4 SGB XI), aber Beitragstragung ausschließlich durch den Rehabilitationsträger	
Versorgungszuschlag für beurlaubte Beamte der Deutschen Telekom AG		ja (BSG-Urteil vom 19.12.2000 – B 12 KR 36/00 R –, USK 2000–39)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Vorruhestandsgeld	VRG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1

Katalog von Einnahmen und deren beitragsrechtliche Bewertung nach § 240 SGB V

Seite 26 von 26

Einnahmeart	Rechtsgrundlage	Beitragspflichtig	Regelung durch „Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler“
Vorsorgeunterhalt (Kranken-, Pflege-, Alters- und Erwerbsminderungsvorsorge)	§§ 1361 Abs. 1, 1578 Abs. 2 und 3 BGB	ja (BSG-Urteil vom 19.08.2015 – B 12 KR 11/14 R –)	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
<b>W</b>			
Waisengeld	§ 23 BeamtVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1
Werksrente	§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4
Wertguthaben im Rahmen eines flexiblen Arbeitszeitmodells (Altersteilzeit) für einen nicht abhängig beschäftigten Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH <ul style="list-style-type: none"> <li>- während der Arbeitsphase</li> <li>- während der Freistellungsphase</li> </ul>		nein ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Witwengeld	§ 19 BeamtVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1
Witwen, Waisen-, Witwerbeihilfe	§ 48 BVG	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Wohngeld	§ 3 des 2. WoGG	nein (BSG-Urteil vom 25.11.1981 – 5a/5 RKn 18/79 –, USK 81243)	
<b>Z</b>			
Zinsen aus Kapitalvermögen		ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 4
Zuschüsse während der Mutterschutzfrist für Beamtinnen	§ 3 MuSchEltZV	ja	§§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 2 Satz 1
Zuwendung für Haftopfer rechtsstaatswidriger Strafverfolgung im Beitrittsgebiet, Besondere –	§ 17a StrRehaG	nein (§ 16 Abs. 4 StrRehaG)	§ 3 Abs. 1 Satz 3